



WIR IN
EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

STANDPUNKT
ZUKUNFT FÜR EUROPA



© Photographic.eu - Fotolia.com

DISKUSSION ÜBER DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

Die EU und ihre Mitgliedstaaten stehen vor einer Vielzahl komplexer Herausforderungen. Grundsätzliche politische Fragen, beispielsweise in der Migrationspolitik, bleiben wegen unterschiedlicher nationaler Interessen und einer aufgrund begrenzter Kompetenzen mangelnden Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen unbeantwortet. Gleichzeitig nimmt das Vertrauen in die europäische Politik ab und populistische Parteien erfahren mit ihrem klaren Anti-EU-Kurs in vielen Mitgliedstaaten starken Zulauf. In einigen

Mitgliedstaaten stellen illiberale Nationalisten bereits die Regierung.

Die Europa-SPD fordert, die Ursachen der aktuellen Krise zu beleuchten und konsequent auf diese zu reagieren. Der Status quo in der europäischen Integration reicht nicht aus, um die multiplen Probleme Europas zu lösen. Ein „Weiter so“ - wie im kürzlich veröffentlichten Weißbuch der Europäischen Kommission u.a. beschrieben - würde das Ende der Europäischen Union, wie wir sie ken-

DISKUSSION ÜBER DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

nen, bedeuten. In einer ehrlichen Diskussion über die zukünftige Entwicklung des Europäischen Projekts müssen (A) die aktuellen Herausforderungen, (B) mögliche Modelle für die zukünftige Integration und (C) die Notwendigkeit eines grundsätzlichen politischen Wandels hin zu einem progressiven und sozialeren Europa berücksichtigt werden.

GLOBALES UMFELD

Die EU befindet sich in einem zunehmend angespannten globalen Umfeld. Die zahlreichen Herausforderungen reichen von humanitären Katastrophen und zunehmenden Migrationsströmen, über Terrorismus und militärische Konflikte in der europäischen Nachbarschaft bis hin zu neuartigen Bedrohungen, etwa staatlich gelenkten Cyber-Attacken. Seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Donald Trump am 20. Januar 2017 zeichnet sich eine grundsätzliche Neuausrichtung der US-amerikanischen Außen- und Handelspolitik ab. Sollte Präsident Trump seine im Wahlkampf angekündigten Pläne konsequent umsetzen, wird sich einer der bedeutendsten Partner Europas in zunehmendem Maße aus seinem internationalen Engagement zurückziehen und in Handelsfragen verstärkt auf Protektionismus setzen. Parallel zu den Entwicklungen in den USA setzen sich vermehrt autokratische Tendenzen in bestimmten europäischen Nachbarländern durch.

GESELLSCHAFTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE SITUATION

Die EU hat sich nur teilweise von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 erholt. Arbeitslosigkeit sowie zunehmende soziale Ungleichheit und mangelnde Chancengleichheit bleiben in vielen Ländern Europas weiterhin ein ernstzunehmendes Problem. In diesem Zusam-

menhang leiden besonders die BürgerInnen in den südeuropäischen Mitgliedstaaten unter einer fehlgeleiteten Austeritätspolitik, da erforderliche Investitionen in Wachstum, Bildung und in die Sozialsysteme ausbleiben. Wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Exportnationen und Defizitländern bei einer gemeinsamen Währung fördern die Fliehkräfte in der EU. Daher muss eine stärkere Konvergenz der wirtschaftlichen Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der Eurozone ein übergeordnetes Ziel der gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialunion der EU sein.

Die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung in vielen Industriezweigen haben das Potenzial, die europäische Arbeitswelt und das tägliche Leben der EuropäerInnen tiefgreifend zu verändern. Dieser Prozess muss durch neue bzw. angepasste Arbeits- und Sozialrechte gesteuert und durch Investitionen in Ausbildung und Forschung gefördert werden. Auch die internationale Klimapolitik und die Umsetzung der Pariser Klimaziele bleiben wichtige Prioritäten für die EU.

VERTRAUEN IN DIE EU UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER INSTITUTIONEN

Auf der einen Seite nimmt das Vertrauen in die etablierte Politik und die EU-Institutionen angesichts dieser zahlreichen und komplexen Herausforderungen ab. Dies äußert sich besonders in den jüngsten Erfolgen populistischer und nationalistischer Parteien in verschiedenen Mitgliedstaaten der EU. Die Entscheidung der britischen WählerInnen für den Brexit am 23. Juni 2016 stellt in diesem Zusammenhang den bisherigen Höhepunkt im anti-europäischen Diskurs dar. Viele Menschen sind sich der Vorteile, die das Wirken der EU für ihr tägliches Leben hat, nicht bewusst. Auf der anderen Seite erleben wir die Geburt ei-



ner neuen pro-europäischen Bürgerbewegung. Losgelöst von etablierten Parteien und Verbänden versammeln sich jede Woche zehntausende Menschen in ganz Europa, um für ein geeintes Europa und gegen Nationalismus und Abschottung einzustehen. Aus Anlass des 60. Jahrestages der Römischen Verträge fanden nicht nur in Rom, sondern auch in Berlin, London, Lissabon, Paris, Madrid und zahlreichen weiteren europäischen Städten pro-europäische Demonstrationen statt. Dies zeigt, dass die Bevölkerung die europäische Einigung nicht grundsätzlich ablehnt. Vielmehr lehnen die Menschen eine Europäische Union ab, die ihre Versprechen von Wohlstand und Sicherheit nicht einhalten kann.

DER STATUS QUO REICHT NICHT AUS

Die Europa-SPD ist davon überzeugt, dass der Status quo in der europäischen Integration nicht die Voraussetzungen bietet, die oben aufgeführten Herausforderungen gemeinschaftlich zu meistern. In kritischen Bereichen fehlt es der EU aufgrund mangelnder Kompetenzen und divergierender nationaler Interessen an ausreichender Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit. Besonders deutlich wurde dies im Lichte der Finanzkrise sowie der Flüchtlingskrise im vergangenen Jahr.

Die in den USA entstandene Finanzkrise sendete Schockwellen um den Globus, die auch in Europa die Wirtschaft in eine Rezession rissen und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte sprunghaft ansteigen ließen. In dieser Situation konnten die Europäische Union und insbesondere die Eurozone nicht über die notwendigen Instrumente verfügen, um der Wirtschaft schnell und effizient auf die Beine zu helfen. Während die Banken schließlich mit Steuermilliarden gerettet wurden, sind Teile der europäischen Bevölkerung und ganze Regionen verarmt. Eine gemeinsame europäische Migrations- und Asylpolitik scheiterte an nationalstaatlichen Alleingängen und mangelnder Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Trotz aller Fortschritte sind bis heute zentrale Fragen im Umgang mit Flüchtlingen und Migranten ungelöst. Darüberhinaus ist es Kommission und EU-Mitgliedstaaten bisher nicht ausreichend gelungen, kohärente Politikansätze zu den bestehenden Fluchtursachen zu entwickeln und zu finanzieren. Das Dublin-System, nachdem immer der EU-Staat für die Flüchtlinge zuständig ist, in dem diese als erstes EU-Territorium betreten haben, besteht quasi nur noch auf dem Papier. Gleichzeitig blockieren einige Mitgliedstaaten die Schaffung eines Systems zur fairen Lastenverteilung. Dabei schre-

DISKUSSION ÜBER DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

cken manche Regierungen nicht davor zurück, EU-Beschlüsse schlichtweg zu ignorieren und damit einen offenen Rechtsbruch zu begehen, wie etwa die im September 2015 beschlossene Verteilung von 160.000 schutzsuchenden Menschen auf die Mitgliedstaaten. Vor diesem Hintergrund war es für PopulistInnen aller couleure ein Leichtes, gegen die EU zu hetzen und nationalistische Lösungen zu propagieren.

Wenn die aktuellen Probleme weiterbestehen, ist absehbar, dass auch die ablehnende Haltung gegenüber der EU in Teilen der Bevölkerung erhalten bleiben oder langfristig sogar zunehmen kann. Einen möglichen Rückbau der EU bis auf den Binnenmarkt oder die drastische Einschränkung Brüsseler Kompetenzen in einigen Politikfeldern lehnt die Europa-SPD klar ab. Fortschrittliche europäische Politik, u.a. in Form von starken Sozial-, Umwelt-, und Arbeitsrechten, einer gerechten Unternehmensbesteuerung, einer reformierten Handelspolitik oder einer fairen Migrations- und Asylpolitik, kann so nicht umgesetzt werden. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lassen sich am besten gemeinsam lösen, da sie auch größtenteils über Grenzen hinweg bestehen

EIN HANDLUNGSFÄHIGES UND STARKES EUROPA

Die Antwort kann daher nur ein Europa sein, das in zentralen Bereichen die nötigen Kompetenzen und Instrumente zur Verfügung hat, um stark und handlungsfähig zu sein. Die politischen Prioritäten Europas, beispielsweise soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftswachstum, Klimaschutz oder eine ambitionierte Außen- und Sicherheitspolitik, können ausschließlich gemeinschaftlich und solidarisch umgesetzt werden. Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament setzen sich daher langfristig

für eine umfassende Stärkung der europäischen Integration ein. Eine verbesserte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und erweiterte Kompetenzen der EU-Institutionen sind die Grundlage für eine nachhaltige Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen. Globalen Unternehmen, welche die EU als Verdienstort ohne Verantwortung missbrauchen, müssen konkrete Maßnahmen hin zu einer gerechten Unternehmensbesteuerung entgegengesetzt werden. Dies erwartet die Bevölkerung ganz besonders von der SPD.

In diesem Kontext betonen die europäischen SozialdemokratInnen die Notwendigkeit, die „Gemeinschaftsmethode“ zu stärken. Dabei entscheiden die beiden Ko-Gesetzgeber, welche die duale Legitimationsgrundlage der Union widerspiegeln, gemeinsam per Mehrheitsbeschluss: Das Europäische Parlament vertritt die Bürgerinnen und Bürger, während der Rat die Mitgliedstaaten repräsentiert. So wird sichergestellt, dass alle Interessen berücksichtigt werden und europäische Lösungen nicht durch Partikularinteressen verhindert werden können. Dieses Verfahren muss in Zukunft auf alle Bereiche Anwendung finden, in denen die einzelnen Staaten in einer globalisierten Welt nicht mehr genug Einfluss nehmen können. Dazu gehören die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Handelspolitik, die Migrations- und Flüchtlingspolitik und die Währungs- und Wirtschaftspolitik. Selbstverständlich zählt auch die Klima- und Umweltpolitik dazu, die ohnehin nur grenzüberschreitend erfolgreich sein kann. Zusätzlich muss das Europäische Parlament gestärkt werden, unter anderem indem es ein legislatives Initiativrecht erhält.

Sollte es im gegenwärtig schwierigen politischen Umfeld nicht möglich sein, eine vertiefte Integration im Rahmen der EU-27 zu erreichen, bietet der gültige EU-Vertrag von Lissabon als



Zwischenschritt ausgewählten Mitgliedstaaten die Möglichkeit, bestimmte europäische Projekte dank einer vertieften Kooperation zu realisieren. Diese flexible Integration könnte beispielsweise Anwendung in der Steuerpolitik, aber auch bei Migrationsangelegenheiten und der Zusammenarbeit im Feld der Inneren Sicherheit und Verteidigung finden. Hierbei gilt es allerdings, den übergeordneten Zusammenhalt der Union zu wahren. Es muss gewährleistet werden, dass sich alle Mitgliedstaaten jederzeit den Bereichen der verstärkten Integration anschließen können und ein offener Dialog mit Mitgliedstaaten, die sich vorerst gegen weitere gemeinsame Zusammenarbeit ausgesprochen haben, geführt wird. Dies betrifft besonders den Austausch mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, welche Bedenken gegen ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten angemeldet haben.

BESSERES EUROPA

Eine rein integrations-theoretische Diskussion über die zukünftige Entwicklung der EU allein wird der aktuellen Lage jedoch nicht gerecht. Neben der Diskussion über eine vertiefte Integration und der weiteren Entwicklung

des institutionellen Geflechts in der EU ist es entscheidend, einen konkreten Politikwechsel hin zu einem sozialeren und progressiven Europa einzuleiten. Die Politik der EU wird von vielen BürgerInnen vor allem mit dem aktuellen politischen Kurs in Europa, u.a. steigende soziale Ungleichheit, eine vermeintlich aus Brüssel diktierte Austeritätspolitik und mangelnde Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, verbunden. Deshalb fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament nicht nur mehr Europa sondern plädieren zugleich für ein besseres Europa.

PROGRESSIVES EUROPA

Die Europa-SPD ist der Überzeugung, dass es Zeit für einen politischen Wechsel in der EU ist. Zu den obersten Prioritäten gehören hierbei der Ausbau der sozialen Dimension Europas und die Abkehr von der fehlgeleiteten Austeritätspolitik. Insbesondere die Wirtschafts- und Währungsunion kann dauerhaft nur erfolgreich sein, wenn sie durch eine starke soziale Säule ergänzt wird. Das Fünf-Präsidenten-Papier zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion stellt richtig fest, dass der Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion davon ab-



hängt, dass die Arbeitsmärkte und Sozialsysteme aller Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gut und fair funktionieren. Zudem bedarf es Reformen in zentralen Politikfeldern wie der Handels- und Steuerpolitik. Zusätzlich müssen durch eine moderne Industrie- und Beschäftigungspolitik hohe Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards angesichts großer gesellschaftlicher und technologischer Umbrüche, etwa der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt, garantiert werden. Eine ambitionierte Klimapolitik muss auch in Zukunft ein Schwerpunktthema bleiben. Weiterhin setzen sich die sozialdemokratischen Europaabgeordneten für eine vertiefte Kooperation in der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik ein. Neue Aufrüstung lehnen wir jedoch ab. Wir setzen auf Kooperation und Entspannungspolitik im Sinne Willy Brandts. Wir wollen ein atomwaffenfreies Europa. Nur gemeinsam können die EU27-Staaten auf das angespannte globale Umfeld reagieren und einen Beitrag zu Frieden und Stabilität weltweit leisten. Auch im Bereich der Inneren Sicherheit und Terrorismusbekämpfung bedarf es einer engeren Kooperation in den europäischen Institutionen und vor allem zwischen den nationalen Sicherheitsorganen.

BÜRGERNAHES EUROPA

Darüber hinaus streben die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament an, eine bürgernahe und „politisierte“ Union zu schaffen. Hierzu gehört die bessere Einbindung der WählerInnen in den politischen Prozess auf EU-Ebene. Dieses Ziel kann u.a. durch die Erweiterung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft, der Unterstützung proeuropäischer Bürgerbewegungen wie etwa „Pulse of Europe“, der Stärkung der europäischen Parteienfamilien und den Ausbau des SpitzenkandidatInnen-Systems mit klar unterscheidbaren politischen Programmen bei der Europawahl erreicht werden. Die Mitgliedstaaten sind dazu aufgerufen, die vom Europäischen Parlament bereits am 11. November 2015 initiierte Reform des Europawahlrechts zu beschließen und umzusetzen. Die nationalen Regierungen müssen sich zudem dezidiert gegen das weitverbreitete „Europabashing“ wenden, bei dem Erfolge nationalisiert werden, während die Verantwortung für Misserfolge auf „Brüssel“ abgewälzt wird. Es gilt die europäische Politik verständlich zu erläutern und den europäischen Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger sichtbar zu machen.

DISKUSSION ÜBER DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

SCHLUSSWORT

Die Zukunft Europas kann nur in der Vertiefung der europäischen Integration einhergehend mit einer ambitionierten politischen Reformagenda liegen. Die verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und erweiterte Kompetenzen der EU-Institutionen können die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der EU in entscheidenden Politikfeldern sicherstellen. Angesichts der variierenden Bereitschaft der nationalen Regierungen zu einer vertieften Kooperation in einschlägigen Bereichen gehen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament davon aus, dass zunächst auf eine flexible Form der Integration im Rahmen des EU-Vertrags von Lissabon als Zwischenschritt zurückgegriffen werden muss. Langfristig muss jedoch sichergestellt werden, dass alle Mitgliedstaaten – auch nachträglich – an der vertieften Integration teilnehmen können und der Zusammenhalt der Union gewahrt wird.

Die zeitnahe Umsetzung konkreter Projekte allein wird das Vertrauen der BürgerInnen in die EU jedoch nicht zurückgewinnen. Ein bloßes „Weiter so“ in der politischen Grundausrichtung ist nicht ausreichend. Vielmehr ist eine progressive und soziale Reform der aktuellen europäischen Politik notwendig, um die Menschen von den Vorteilen für das tägliche Leben durch ein starkes Europa zu überzeugen. Die Europäische Sozialdemokratie setzt sich für die richtige Mischung aus vertiefter europäischer Integration und fortschrittlichem politischem Wandel in der EU ein.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Stand November 2017

KONTAKT / HERAUSGEBER

Büro Berlin:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 30 2277 1273
E-Mail: europabuero.spd@bundestag.de

Online:

spd-europa.de
socialistsanddemocrats.eu/de
facebook.com/EuropaSPD
twitter.com/SPDEuropa

Herausgeber: Jens Geier (V.i.S.d.P.)

Büro Brüssel:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Rue Wiertz
1047 Brüssel / Belgien
Telefon: + 32 2 284 3190
E-Mail: s-d.delegationDE@ep.europa.eu